

An (ausschreibende Stelle)

Stadt Dortmund
- Vergabe- und
Beschaffungszentrum-
Viktoriastraße 15

44135 Dortmund

Az.: 19/2

Vergabe-Nr.: B196/26

Vergabeart:

- | | |
|---|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> Offenes Verfahren | <input type="checkbox"/> Teilnahmewettbewerb |
| <input type="checkbox"/> Nicht offenes Verfahren | <input type="checkbox"/> Innovationspartnerschaft |
| <input type="checkbox"/> Verhandlungsverfahren | <input type="checkbox"/> Wettbewerblicher Dialog |

Zuschlagsfrist endet am: 07.09.2026

Angebotsfrist:

Datum: 22.06.2026

Uhrzeit: 20:00 Uhr

Angebot

Umbau B1-Haltestellen, Projektierung FIS

Angaben zum Bieter / zur Bietergemeinschaft:

Bieter: _____

Adresse: _____

Ort: _____ PLZ: _____

Land: _____

Sachbearbeiter/in bzw. verantwortlicher Ansprechpartner/in: _____

Rufnummer: _____ Fax Nr.: _____

E-Mail: _____

☐ Es handelt sich bei meinem Unternehmen um ein KMU (Unternehmen als Kleinunternehmen oder kleines oder mittleres Unternehmen)*

*KMU = weniger als 250 Mitarbeiter und ein Jahresumsatz von unter 50 Mio. EUR bzw. eine Jahresbilanz von unter 43 Mio. EUR

1. Mein/Unser Angebot umfasst:

1.1 folgende beigefügte Unterlagen

- Leistungsbeschreibung mit den Preisen und den geforderten Erklärungen,
- alle weiteren nach der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots geforderten und soweit erforderlich ausgefüllten Anlagen, die diesem Angebotsschreiben beigefügt sind (vgl. A 1 - Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes EU Anlagen B).

1.2 folgende nicht beigefügte Unterlagen

- Allgemeine Vertragsbedingungen der Stadt Dortmund (siehe auf www.vergabezentrum.dortmund.de)
- alle weiteren in der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots angegebenen Anlagen, die bei mir/uns verbleiben können (vgl. A 1 - Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes EU Anlagen A).
- VOL/B

2. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir

- meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung der Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nachgekommen bin/sind, sowie die gültigen Arbeitsschutzvorschriften erfülle(n),
- in den letzten 2 Jahren nicht
 - gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz oder
 - gem. § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz
 - mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 € belegt worden bin/sind,
- die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistung erfülle(n).

- kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde
- mein/unser Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet
- dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (MiLoG) nicht vorliegen.
- keine der in § 123 und 124 GWB benannten Ausschlussgründe vorliegen.

3.

3.1 ☐ Ich bin/Wir sind bevorzugte(r) Bewerber laut beigegeführtem(n)/vorliegendem(n) Nachweis(en).

3.2 Ich bin/Wir sind ein ausländisches Unternehmen aus einem

☐ EWR-Staat bzw. Staat des WTO-Abkommens☐ anderen Staat Nationalität :
(bitte intern. Kfz-Zeichen eintragen)

--

3.3 ☐ Ich bin/Wir sind präqualifiziert und auf „amtliches-verzeichnis.ihk.de“ bzw. in der folgenden Datenbank eingetragen unter der Nummer: _____

4. Bei den folgenden Preisangaben handelt es sich um einen Übertrag aus dem Angebot/Leistungsverzeichnis. Bei Abweichungen/Widersprüchen gilt die durch Addition der eingetragenen Einheitspreise mit den jeweiligen Stückzahlen ermittelte Gesamtsumme.

Ich/Wir biete/n die Ausführung der beschriebenen Leistungen zu den von mir/uns eingesetzten Preisen und mit allen den Preis betreffenden Angaben wie folgt an:

Hauptangebot	
keine Vergabe nach Losen	

4.1 Endbetrag inkl. MwSt. (ohne Nachlass):	€ inkl. MwSt.
---	---------------

4.2 Preisnachlass ohne Bedingung¹ auf die Abrechnungssumme	%
<p>Achtung!</p> <p>Die Preise im Leistungsverzeichnis sind <u>ohne</u> den hier einzutragenden Nachlass anzugeben. Wird an dieser Stelle ein Nachlass eingetragen, so wird dieser <u>zusätzlich</u> von der sich aus den eingetragenen Einheitspreisen in der Leistungsbeschreibung rechnerisch ergebenden Angebotssumme abgezogen!</p>	

4.3 Skonto² auf die Abrechnungssumme	%
Skontoabzug wird gewährt bei Zahlung innerhalb von	Tagen

4.4 Nebenangebote zum Hauptangebot	Anzahl:
---	----------------

Der Preisnachlass des Hauptangebotes / der Hauptangebote wird auch auf etwaige Nebenangebote gewährt.	<input type="checkbox"/> Nein
--	-------------------------------

An mein/unser Angebot halte ich mich/halten wir uns bis zum Ablauf der Bindefrist gebunden.

¹ Siehe Teilnahmebedingungen.

² Skontovereinbarungen können unter Punkt 4 des Angebotsschreibens getroffen werden. Dort ist, falls keine Skontogewährung erfolgen soll, auch zulässigerweise 0 % Skonto einzutragen. Es dürfen nur Zahlen ab 0 eingetragen werden. Wird das Feld für die Eintragungsmöglichkeit gestrichen, so wird dies so verstanden, dass kein Skonto gewährt wird.

Sofern im Angebotsschreiben keine oder keine abweichenden Angaben zur Skontogewährung gemacht werden und derartige Angaben auch an keiner anderen Stelle der eingereichten Unterlagen vorhanden sind, gelten die Skontovereinbarungen gemäß Punkt A - 6 der AVB der Stadt Dortmund. Das Zahlungsziel rein netto darf nicht verändert werden.

Die Skontogewährung gilt immer für alle Haupt- und etwaige Nebenangebote.
Hinsichtlich der Wertung wird auf die Teilnahmebedingungen verwiesen..

5. Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung im Angebotsschreiben meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben kann.
6. Die nachstehende Unterschrift gilt für alle Bestandteile des Angebots.
Wird eine selbstgefertigte Kurzfassung oder Abschrift des Leistungsverzeichnisses abgegeben, wird mit der Unterschrift auch die vom Auftraggeber verfasste Urschrift als alleinverbindlich anerkannt.

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass das vom Auftraggeber vorgeschlagene Produkt generell Inhalt meines/unseres Angebotes ist, wenn Teilleistungsbeschreibungen des Auftraggebers den Zusatz „oder gleichwertig“ enthalten.

Ort, Datum, Firmenstempel und Unterschrift

Ist

- bei einem elektronisch übermittelten Angebot in Textform der Bieter nicht erkennbar,
- ein schriftliches Angebot nicht an dieser Stelle unterschrieben oder
- ein elektronisches Angebot, das signiert/mit elektronischem Siegel versehen werden muss, nicht wie vorgegeben signiert/mit elektronischem Siegel versehen, wird das Angebot ausgeschlossen.

Mit der Einreichung in Textform nach § 126b BGB bzw. mit der fortgeschrittenen oder qualifizierten elektronischen Signatur gelten das Angebot und alle damit eingereichten Unterlagen als unterschrieben. Auf die Regelungen des Formblatts „Verfahrensregelungen zur Form der Einreichung elektronischer Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträge und Angebote“ wird verwiesen.

Anlage 1 zum Angebotsschreiben:

Einverständniserklärung zur Veröffentlichung und Verwendung personenbezogener Daten

Gemäß § 39 Abs. 1 VgV übermittelt der Auftraggeber spätestens 30 Tage nach der Vergabe eines öffentlichen Auftrages oder nach dem Abschluss einer Rahmenvereinbarung eine Vergabebekanntmachung mit den Ergebnissen des Vergabeverfahrens an das Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. Die Veröffentlichung erfolgt nach dem Muster gemäß Anhang III der Durchführungsverordnung (EU) 2015/1986.

Ferner werden gemäß §134 GWB und 62 VgV die Bewerber oder Bieter über das Ergebnis des Verfahrens und hierbei u.a. auch über die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebots sowie den Namen des erfolgreichen Bieters informiert.

Auch in § 30 UVgO wird festgelegt, dass der Auftraggeber nach Zuschlagserteilung auf geeignete Weise, z.B. auf Internetportalen, informiert, wenn bei beschränkten Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb und Verhandlungsvergaben ohne Teilnahmewettbewerb der Auftragswert 25.000 € ohne Umsatzsteuer übersteigt. Diese Informationen werden 3 Monate vorgehalten und müssen folgende Angaben enthalten:

- Name und Anschrift des Auftraggebers und dessen Beschaffungsstelle
- Name des beauftragten Unternehmens
- Verfahrensart
- Art und Umfang der Leistung
- Zeitraum der Leistungserbringung

Die Verarbeitung der Daten erfolgt zum Teil im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben. Ferner werden die Daten für die Auftragsverarbeitung, sowie für statistische Zwecke mit Auftragsbezug herangezogen. Daten von Bietern, die nicht den Zuschlag erhalten, werden nicht öffentlich bekannt gemacht.

Soweit es sich bei diesen Daten um personenbezogene Daten **natürlicher Personen** handelt, setzt für die Veröffentlichung dieser Daten Artikel 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO die Einwilligung der betroffenen Person voraus, sofern nicht einer der Tatbestände des Artikel 6 Abs. 1 lit. b-f zutrifft.

Das Einverständnis wird mit der Unterschrift des Angebotsschreibers, welches eine entsprechende Erklärung enthält, gegeben.

Auf Ihre Rechte auf Auskunft (Art. 15 DS-GVO), Berichtigung (Art. 16 DS-GVO), Löschung (Art. 17 DS-GVO), Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO), Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO) und Widerspruch (Art. 21 DS-GVO) wird hingewiesen.

Das Recht auf Widerspruch gemäß Artikel 21 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/679 gegenüber einer öffentlichen Stelle besteht gemäß § 14 DSG NRW nicht, soweit an der Verarbeitung ein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, oder eine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet.

Hinweis:

Eine ausführliche Datenschutzerklärung der Stadt Dortmund finden Sie auf unserer Website unter www.dortmund.de

B2 - Vertragsbedingungen und Verpflichtungserklärung zur Frauenförderung und Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Ich erkläre / Wir erklären¹:

- Zutreffendes bitte ankreuzen –

1. Anwendbarkeit

Im Unternehmen sind in der Regel mehr als 20 Arbeitnehmer / -innen beschäftigt.

Hinsichtlich der Anzahl der Beschäftigten gilt, dass alle Vollzeitbeschäftigten, Teilzeitbeschäftigten nach Köpfen (also nicht umgerechnet in Vollzeit-Äquivalente) und auch alle 538-Euro-Kräfte mitzuzählen sind. Lediglich Auszubildende gelten nicht als Beschäftigte. Verfügt somit ein Bieterunternehmen im Zeitpunkt der Angebotsabgabe über lediglich 20 oder weniger Beschäftigte, erschöpft sich die abzugebende Information in eben dieser Angabe.

Zur Festlegung der Unternehmensgröße ist die Definition der Betriebsstätte nach § 12 Abgabenordnung zugrunde zu legen.

- ☐ Ja, mehr als 20 Beschäftigte, weiter mit 2.
- ☐ Nein (es sind keine weiteren Angaben erforderlich).

2.

2.1 Unternehmensgröße

Im Unternehmen sind in der Regel beschäftigt:

- ☐ über 500 Beschäftigte
(Es sind mindestens vier der im Katalog unter 2.2 aufgeführten Maßnahmen auszuwählen und im Rahmen dieses öffentlichen Auftrages durchzuführen oder einzuleiten, sofern nicht die unter 2.3 genannten Ausnahmen zutreffen).
- ☐ über 250 bis 500 Beschäftigte
(Es sind mindestens drei der im Katalog unter 2.2 aufgeführten Maßnahmen auszuwählen und im Rahmen dieses öffentlichen Auftrages durchzuführen oder einzuleiten, sofern nicht die unter 2.3 genannten Ausnahmen zutreffen).
- ☐ über 20 bis 250 Beschäftigte
(Es sind mindestens zwei der im Katalog unter 2.2 aufgeführten Maßnahmen auszuwählen und im Rahmen dieses öffentlichen Auftrages durchzuführen oder einzuleiten, sofern nicht die unter 2.3 genannten Ausnahmen zutreffen).

2.2 Maßnahmenkatalog zur Frauenförderung oder Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie

In meinem/unserem Unternehmen wird/werden für die bei der Abwicklung diesen öffentlichen Auftrages eingesetzten Mitarbeiter/-innen folgende Maßnahme/-n umgesetzt:

- ☐ Untersagung und Unterbindung eines Verhaltens verbaler und nicht-verbaler oder physischer Art, welches bezweckt oder bewirkt, dass weibliche Beschäftigte lächerlich gemacht, eingeschüchtert, angefeindet oder in ihrer Würde verletzt werden,,
- ☐ explizite Ermutigung von Frauen sich zu bewerben, wenn im Betrieb Ausbildungs- und Arbeitsplätze in männerdominierten Berufsbereichen zu besetzen sind,

¹ Die bei der Durchführung dieses Auftrages eingesetzten Nachunternehmer und Verleiher von Arbeitskräften sind nicht verpflichtet, Maßnahmen der Frauenförderung oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie umzusetzen.

- ☐ Berücksichtigung von weiblichen Auszubildenden bei der Übernahme in ein Arbeitsverhältnis zumindest entsprechend ihrem Ausbildungsanteil,
- ☐ Befragung von Beschäftigten zu ihren Arbeitszeitwünschen, Auswertung einschließlich Einleitung von Umsetzungsschritten betreffend ihrer Tätigkeit,
- ☐ Angebot von Teilzeitarbeit oder flexiblen Arbeitszeitmodellen als Maßnahme zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie,
- ☐ Entwicklung und Umsetzung von Modellen vollzeitnaher Teilzeitarbeit für die Beschäftigten,
- ☐ Einrichtung bzw. Ausbau von Telearbeit für die Beschäftigten,
- ☐ Einrichtung von Eltern-Kind-Zimmern für die Beschäftigten,
- ☐ Unterstützung bei der Suche nach Kinderbetreuungs- und Pflegemöglichkeiten,
- ☐ Angebot betrieblich organisierter Kinderbetreuung,
- ☐ Zahlung eines Kinderbetreuungszuschusses,
- ☐ Angebot von Ferienprogrammen zur Überbrückung der Betreuungslücke für Kinder berufstätiger Eltern in Kindergarten- bzw. Schulferien,
- ☐ Unterstützung von Mitarbeitern mit pflegebedürftigen Angehörigen durch individuelle Betreuung und Hilfeleistung oder Abschluss einer Vereinbarung einer Familienpflegezeit,
- ☐ Kontakthalteangebote, Möglichkeit zur Teilnahme an betrieblicher Fortbildung, zu Vertretungseinsätzen und Rückkehrvereinbarungen für Beschäftigte in Elternzeit,
- ☐ Bereitstellung von innerbetrieblichen Paten und Patinnen für Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger,
- ☐ Überprüfung der Entgeltgleichheit im Unternehmen mit Hilfe anerkannter und geeigneter Instrumente,
- ☐ Analyse der Entwicklung der Leistungsvergütung in den letzten 5 Jahren nach Geschlecht,
- ☐ Maßnahmen zur Gewinnung von Mädchen und Frauen für ein betriebliches Praktikum, insbesondere in den männerdominierten Berufen sowie
- ☐ Angebot spezieller Bildungsmaßnahmen für Frauen, die diese auf die Übernahme von höherwertigen und leitenden Positionen vorbereiten.

2.3 Ausnahmen (ggf. anzugeben)

Ausnahmsweise kann der öffentliche Auftraggeber, nach entsprechendem Vortrag des Bieterunternehmens, von ergänzenden Ausführungsbestimmungen zur Frauenförderung bzw. der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, absehen. Hierbei handelt es sich um besonders zu begründende Einzelfallentscheidungen. Bieterunternehmen haben nachfolgend insoweit die Möglichkeit, die zu berücksichtigenden Gründe für die Nichtdurchführbarkeit entsprechender Maßnahmen darzustellen. Der öffentliche Auftraggeber prüft den vorgetragenen Sachverhalt auf Plausibilität.

Sofern ein Bieter durch Zuschlag bereits zur Durchführung oder Einleitung von Maßnahmen der Frauenförderung oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie verpflichtet wurde, kann er sich hierauf bei der Angebotsabgabe um weitere öffentliche Aufträge zwölf Monate lang nach dem Tag des Zuschlags berufen. Die Maßnahmen der Frauenförderung oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, zu deren Durchführung oder Einleitung sich das Unternehmen verpflichtet hat, müssen ordnungsgemäß umgesetzt worden sein. Auf Verlangen des öffentlichen Auftraggebers hat der Bieter die Durchführung oder Einleitung der umgesetzten Maßnahmen zu belegen.

- ☐ Ich/wir werden keine weiteren der im Maßnahmenkatalog zu 2.2 genannten Maßnahmen anbieten, da mein/unser Unternehmen in den letzten 12 Monaten bereits durch Zuschlag zur Umsetzung von Maßnahmen der Frauenförderung oder der

Vereinbarkeit von Beruf und Familien verpflichtet worden ist. Auf Verlangen des öffentlichen Auftraggebers werde/-n ich/wir die Durchführung oder Einleitung der Maßnahmen der Frauenförderung oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie vor Zuschlagserteilung nachweisen.

- ☐ Ich/wir haben bereits alle der im Maßnahmenkatalog zu 2.2 genannten Maßnahmen der Frauenförderung oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familien durchgeführt oder eingeleitet. Auf Verlangen des öffentlichen Auftraggebers werde/-n ich/wir die Durchführung der umgesetzten Maßnahmen der Frauenförderung oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie nachweisen.
- ☐ Ich/wir sind aus nachfolgend aufgeführten objektiv belegbaren Gründen nicht in der Lage, bei den im Rahmen der Durchführung dieses öffentlichen Auftrags eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Maßnahmen der Frauen- und Familienförderung durchzuführen.

Angabe der Gründe (ggf. gesonderte Anlage verwenden):

- ☐ Für mich/uns ist die Durchführung oder Einleitung von Maßnahmen der Frauen- oder Familienförderung im Hinblick auf das Volumen des öffentlichen Auftrags und/oder der Anzahl der konkret mit dem öffentlichen Auftrag eingesetzten Mitarbeiter im Verhältnis zum Gesamtumsatz des Betriebes und/oder der gesamten Belegschaft des Betriebes unverhältnismäßig und unzumutbar.

Erläuterungen (ggf. gesonderte Anlage verwenden):

3. Weitere vertragliche Verpflichtungen

Die durchgeführten bzw. eingeleiteten Maßnahmen zur Frauenförderung und zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind zum Zwecke der Überprüfbarkeit vom Auftragnehmer zu dokumentieren. Diese Dokumentation muss mindestens enthalten:

1. die Bezeichnung der ausgewählten Maßnahmen,
2. Angaben zu Art und Umfang der geplanten Durchführung oder Einleitung der jeweiligen Maßnahmen,
3. Angaben des Zeitpunktes der Einleitung sowie des Zeitpunktes der voraussichtlichen oder tatsächlichen Durchführung der jeweiligen Maßnahmen,
4. Angaben zu den Auswirkungen und der Nachhaltigkeit der Wirkung der Maßnahmen, insbesondere
 - a) zur Anzahl der von der jeweiligen Maßnahme betroffenen Beschäftigten in Relation zur Gesamtanzahl der im Unternehmen Beschäftigten,
 - b) Zeitpunkt der Einleitung bzw. die Dauer der Durchführung der Maßnahmen und,
 - c) ob die Maßnahme über die Dauer der Durchführung des öffentlichen Auftrags im Betrieb weiter angeboten beziehungsweise fortgeführt wird.

Die Dokumentation der durchzuführenden bzw. eingeleiteten Maßnahmen ist mindestens ein Jahr aufzubewahren und im Unternehmen zu veröffentlichen. Auf Verlangen des öffentlichen Auftraggebers ist diese in einem weiteren Vergabeverfahren vorzulegen.

Ich/Wir erkläre/-n mich/uns darüber hinaus im Fall der konkreten Auftragsdurchführung mit folgenden Verpflichtungen einverstanden:

- Auf Verlangen des öffentlichen Auftraggebers weise/-n ich/wir die Einhaltung der übernommenen vertraglichen Verpflichtungen in geeigneter Form nach.
- Ich/Wir werde/-n die durchgeführten bzw. eingeleiteten Maßnahmen zur Frauenförderung und zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zum Zwecke der Überprüfbarkeit² dokumentieren und im Betrieb bekanntgeben.
- Für jeden schuldhaften Verstoß der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers gegen die Verpflichtungen aus dieser Verpflichtungserklärung gilt eine Vertragsstrafe als vereinbart, deren Höhe eins von Hundert, bei mehreren Verstößen bis zu fünf von Hundert des Auftragswertes beträgt.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

Mir/Uns ist bekannt, dass Falschangaben im Rahmen dieser Erklärung oder Verstöße gegen darin übernommene Verpflichtungen zu einer außerordentlichen Kündigung durch den Auftraggeber führen können.

² Die schriftliche Dokumentation soll die Bezeichnung der ausgewählten Maßnahmen, Angaben zu Art und Umfang der geplanten Durchführung oder Einleitung der jeweiligen Maßnahmen, zum Zeitpunkt der Einleitung sowie zum Zeitpunkt der voraussichtlichen oder tatsächlichen Durchführung der jeweiligen Maßnahmen und zu den Auswirkungen und der Nachhaltigkeit der Wirkung der Maßnahmen enthalten. Die Aufbewahrungsfrist beträgt 12 Monate.

B5 - Eigenerklärung zur Einhaltung der Vorgaben des Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 (5. EU-Sanktionspaket)

Der Auftragnehmer ist zur Einhaltung der Vorgaben des Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576 verpflichtet. Die weiteren Vertragsbedingungen bleiben hiervon unberührt.

Artikel 5k lautet wie folgt:

„(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

- a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,*
 - b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder*
 - c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,*
- auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.*

Auf die Ausnahmetatbestände des Art. 5k Abs. 2 wird verwiesen.

Der Auftraggeber kann den Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist unter anderem kündigen,

- a) wenn der Auftragnehmer gegen die Vorgaben des Art. 5k Abs. 1 der Verordnung (EU) 2022/576 verstößt
- b) wenn der Auftragnehmer nicht sicherstellt, dass seine Nachunternehmer, Lieferanten, Eignungsleiher etc. den Vorgaben der Verordnung (EU) 2022/576 entsprechen

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir

- kein Unternehmen im Sinne des Art. 5k Abs. 1 der Verordnung (EU) 2022/576 EU bin
- keine Unterauftragnehmer, Nachunternehmer, Eignungsleiher etc. einsetzen werde, die unter das Verbot des Art. 5k Abs. 1 Verordnung (EU) 2022/576 fallen

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

Mir/Uns ist bekannt, dass Falschangaben im Rahmen dieser Erklärung oder Verstöße gegen darin übernommene Verpflichtungen zu einer außerordentlichen Kündigung durch den Auftraggeber führen können.

(Datum, Unterschrift, Firmenstempel)

Für elektronische Angebote gelten bezüglich der Signatur die Regelungen des Formblatts „Elektronische Angebotsabgabe“.



03_Stadt_DO_Angebotsaufforderung ohne TLK ohne KT Inhaltsverzeichnis

Projekt: 66430710 BL 70-73 Kos-Skr, FIS
LV: H40732 Haltestelle Stadtkrone-Ost, Projektierung FIS

Titel	Bezeichnung	Seite
1.	Anpassungen Haltestelle Stadtkrone-Ost.....	6
1.1.	Anpassungen Betriebsleitzentrale.....	6
1.1.1.	Aktualisierung FIS-Server.....	6
1.1.2.	Aktualisierung Haltestellenrechner.....	6
1.1.3.	Aktualisierung Betriebsdarstellung.....	7
1.1.4.	Aktualisierung Panoramatafelrechner.....	7
1.2.	Funktionstest und Abnahme.....	7
1.2.1.	Abnahmeprozess.....	8
	Zusammenstellung.....	9

03_Stadt_DO_Angebotsaufforderung ohne TLK ohne KT

Projekt: 66430710
LV: H40732

BL 70-73 Kos-Skr, FIS
Haltestelle Stadtkrone-Ost, Projektierung FIS

Ordnungszahl	Leistungsbeschreibung	Menge ME	Einheitspreis in EUR	Gesamtbetrag in EUR
--------------	-----------------------	----------	-------------------------	------------------------

Hintergrund zum Bauvorhaben

Im Jahr 1992 wurde die Stadtbahnstrecke 82 im Bereich von der Haltestelle Kohlgartenstraße (Kos) bis zur Haltestelle Stadtkrone-Ost (Skr), welche insgesamt fünf Stadtbahnhaltestellen umfasst, im Rahmen des Beschleunigungskonzeptes umfassend modernisiert. Diese Maßnahmen beinhalteten insbesondere die Einführung einer Vorrangschaltung für die Stadtbahn sowie die Herstellung der B-Wagen-Gängigkeit durch notwendige Querschnittsanpassungen. Ziel dieser Umrüstung war es, den reibungslosen Einsatz des modernen Stadtbahnfahrzeugs, des Stadtbahnwagens B, zu gewährleisten.

Die vorhandenen Haltestellen entlang dieser Strecke, mit Ausnahme der Haltestelle Skr, die über einen Mittelbahnsteig verfügt, welcher ebenfalls über eine Fußgängerbrücke erreicht werden kann, sind mit Seitenbahnsteigen ausgestattet, die nahezu ausschließlich über feste Treppen von den Fußgängerbrücken aus niveaufrei erreicht werden können. Seit der Umsetzung der Beschleunigungsmaßnahme sind an den Haltestellen keine weiteren Veränderungen vorgenommen worden. Ein stadtbahngerechter Umbau der Haltestellen war in späteren Jahren im Zuge der vorgesehenen Oberflächenanpassungen nach einem B1/A40-Tunnelbau geplant.

Im Zuge der Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes zum 01.01.2013 wurde das bundespolitische Ziel festgelegt, die Barrierefreiheit im öffentlichen Personennahverkehr in Deutschland bis zum 01.01.2022 weitestgehend sicherzustellen. Die Stadt Dortmund hat sich bereits mit dem Masterplan Mobilität 2004 ambitionierte Ziele gesetzt, darunter "Gleiche Mobilitätschancen für alle Verkehrsteilnehmer" und "Barrierefreie Teilhabe am öffentlichen Leben". Diese Ziele werden durch die kürzlich beschlossene Einrichtung des Beirats Nahmobilität untermauert, welcher insbesondere die Verbesserung der Wege für Fußgänger

**03_Stadt_DO_Angebotsaufforderung ohne TLK ohne KT****Projekt:** 66430710
LV: H40732**BL 70-73 Kos-Skr, FIS**
Haltestelle Stadtkrone-Ost, Projektierung FIS

Ordnungszahl	Leistungsbeschreibung	Menge ME	Einheitspreis in EUR	Gesamtbetrag in EUR
--------------	-----------------------	----------	-------------------------	------------------------

und mobilitätseingeschränkte Personen zum Ziel hat.

Vor diesem Hintergrund ist die Herstellung von Barrierefreiheit an den fünf bestehenden Haltestellen Kohlgartenstraße, Voßkuhle (Vok), Lübkestraße (Lus), Max-Eyth-Straße (Mes) und Stadtkrone-Ost, welche sich in Mittellage der B1 befinden, als vordringliches Anliegen der Stadt Dortmund zu betrachten. Hierzu sollen neue Mittelbahnsteige errichtet werden, die mit einer Höhe von 94cm über der Schienenoberkante (SO) und einer Nutzlänge von 60m den aktuellen Anforderungen entsprechen.

Im Jahr 2027 plant die Dortmunder Stadtwerke AG die Einführung neuer Stadtbahnwagen. Diese modernen Fahrzeuge werden keine ausfahrbaren Trittstufen mehr besitzen und haben eine Fußbodenhöhe von 94 cm über Schienenoberkante. Dies macht den Aus- bzw. Umbau der bestehenden Haltestellen entlang des Westfalendamms (B1) in Dortmund zwingend erforderlich. Neben der Haltestellen Vok, Lus und Mes, sind dies außerdem die Haltestellen Kos und Skr.

Lage im Stadtgebiet

Die Stadtbahnstrecke 82 verläuft in west-östlicher Richtung im Mittelstreifen des Westfalendamms B1 und verbindet die Innenstadt Dortmunds mit dem Stadtteil Aplerbeck. Der Straßenzug A40 / B1 ist eine der bedeutendsten Ost-West-Verbindungen im Ruhrgebiet. Derzeit plant der Bund den sechs-streifigen Ausbau der aktuell vier-streifigen Ortsdurchfahrt B1 im Bereich der Anschlussstelle Dortmund-Ost (B 236) und weiter in Richtung Unna bis zum Autobahnkreuz Dortmund / Unna.

Dieser Abschnitt des Westfalendamms (B1), der sich in Ost-West-Richtung erstreckt, liegt südöstlich der Dortmunder Innenstadt und verbindet die Stadtteile Innenstadt-Ost und Gartenstadt-Süd. Die Haltestellen entlang dieser Strecke werden von der Stadtbahnlinie U47 bedient, die zwischen Westerfilde und Aplerbeck verkehrt.

03_Stadt_DO_Angebotsaufforderung ohne TLK ohne KT

Projekt: 66430710
LV: H40732

BL 70-73 Kos-Skr, FIS
Haltestelle Stadtkrone-Ost, Projektierung FIS

Ordnungszahl	Leistungsbeschreibung	Menge ME	Einheitspreis in EUR	Gesamtbetrag in EUR
--------------	-----------------------	----------	-------------------------	------------------------



Abbildung 1: Lage des Plangebiets im Straßennetz

Projektbeschreibung

Das zuvor beschriebene Bauvorhaben startet mit dem Umbau der Haltestelle Skr. Für den Umbau wird ein eingleisiger Betrieb innerhalb der Haltestelle/des Baustellenbereichs eingerichtet und das südliche Gleis 2 mit Fahrtrichtung Aplerbeck außer Betrieb genommen. Bahnen in Richtung Aplerbeck werden vor der Haltestelle Skr auf Gleis 1 in Falschfahrt umgeleitet. Hinter der Haltestelle Skr erfolgt der Wechsel zurück auf Gleis 2. Hierfür werden ab Juni 2026 neben dem Einbau von zwei Bauweichen östlich und westlich der Haltestelle Skr, auch die Fahrleitung umgebaut und die temporär zu installierende Fahrsignalanlage am Unterwerk Hauptfriedhof (Hfr) zur eingleisigen Signalisierung aufgebaut (siehe schematische Darstellung Anlage 1). Der geplante Abschluss der Arbeiten und die Wiederinbetriebnahme des nördlichen Gleises (eingleisiger Betrieb), ist für Oktober 2026 anvisiert.

Die Eingleisigkeit macht Anpassungen am vorhandenen Haltestellenrechner (HSR) erforderlich, der über eine serielle Schnittstelle für die Datenversorgung (Fahrbeziehungen, Haltestelleninformationen) der beiden Anzeiger auf dem Bahnsteig an der Haltestelle Skr verantwortlich ist und die benötigten Informationen über den Server des Fahrgastinformationssystems (FIS), dem rechnergestützten Betriebsleitsystem (ITCS) bereitstellt. Die vorhandenen beiden Gleis-Anzeiger an der Haltestelle

**03_Stadt_DO_Angebotsaufforderung ohne TLK ohne KT****Projekt:** 66430710
LV: H40732**BL 70-73 Kos-Skr, FIS**
Haltestelle Stadtkrone-Ost, Projektierung FIS

Ordnungszahl	Leistungsbeschreibung	Menge ME	Einheitspreis in EUR	Gesamtbetrag in EUR
--------------	-----------------------	----------	-------------------------	------------------------

Skr, sind ebenso wie die weiteren Anzeiger auf der Linie U47 - Haltestellen Vok, Hfr, Allerstraße (Als) und Aplerbeck (Apl) - jeweils über einen Com-Server mit einer RS485 Schnittstelle an den HSR Vok angebunden. Die Kommunikation des HSR mit den Anzeigern wird einheitlich über das LDP1-Protokoll umgesetzt. Die Fahrbeziehungen von den Haltestellen Skr bis Als und Kos bis Mes, zur Anpassung des HSR Vok, sind den Anlagen 2 und 3 zu entnehmen.

Gegenstand dieser Ausschreibung sind in diesem Zusammenhang alle Konfigurationsänderungen, die im Zuge der Eingleisigkeit am vorhandenen HSR Vok erforderlich sind. Nach Umstellung der Projektierung für die Abwicklung der Falschfahrten, wird dem Leitstellenpersonal die eingleisige Streckenführung auf der Panoramatafel angezeigt. Folgende Arbeiten gehören hierbei zum Leistungsumfang des AN:

- Aktualisierung FIS-Server
- Aktualisierung HSR Vok
- Aktualisierung Betriebsdarstellung ITCS
- Aktualisierung Panoramatafelrechner (PTR)
- Funktionstest und Abnahme der Konfigurationsänderungen

Das FIS-Serversystem mit seinen Subrechnersystemen wurde durch die Firma T-Systems erstellt. Diese verfügt über entsprechende Projektierungstools und das Know-How zum Einpflegen der ausgeschriebenen Konfigurationsänderungen.

Falls der Bieter sich dazu entschließen sollte die Projektierung der Rechnersysteme als Nachunternehmerleistung zu vergeben, so ist nachstehend der Kontakt zum Hersteller angegeben.

T-SYSTEMS INTERNATIONAL GMBH
PU Digital Solutions / BA Mobility, Transport & Logistics /
BU Logistics

Herr Markus Brecker
Friedrich-Ebert-Allee 140, 53113 Bonn

**03_Stadt_DO_Angebotsaufforderung ohne TLK ohne KT****Projekt:** 66430710
LV: H40732**BL 70-73 Kos-Skr, FIS**
Haltestelle Stadtkrone-Ost, Projektierung FIS

Ordnungszahl	Leistungsbeschreibung	Menge	ME	Einheitspreis in EUR	Gesamtbetrag in EUR
--------------	-----------------------	-------	----	-------------------------	------------------------

+49 228 181 49740 (Telefon)
E-Mail: markus.brecker@t-systems.com

1. Anpassungen Haltestelle Stadtkrone-Ost**1.1. Anpassungen Betriebsleitzentrale****1.1.1. Aktualisierung FIS-Server****1.1.1.10. Aktualisierung FIS-Server**

Der vorhandene zentrale FIS-Server ist so anzupassen, dass die eingangs beschriebene und in der Anlage 1 dargestellte Eingangsleistung entsprechend berücksichtigt wird. Die Projektierung ist innerhalb des FIS-Servers durch die erforderlichen Bewegungskontrollpunkte zu hinterlegen bzw. auf die geänderte Streckentopologie anzupassen.

1,00 psch

Summe 1.1.1. Aktualisierung FIS-Server**1.1.2. Aktualisierung Haltestellenrechner****1.1.2.10. Aktualisierung HSR**

In der Projektierungsdatei des HSR Vok sind die entsprechenden Änderungen für die Eingangsleistung vorzunehmen. Dabei ist die bestehende und vorgegebene Dateistruktur, in der die Projektierungsdateien erwartet werden, einzuhalten. Die Projektierung gliedert sich in Bereiche, die von den einzelnen Funktionsbausteinen der Anwendungssoftware eingelesen und ausgewertet werden. In folgenden Bereichen wird eine Aktualisierung der Projektierungsdatei notwendig:

- Projektierung Bewegungskontrollpunkte
- Projektierung Fahrstraßenfestleger
- Projektierung Fortschaltmittel

Die sich ergebenden Fahrbeziehungen und Haltestelleninformationen werden programmseitig hinterlegt. Die entsprechenden Informationen werden auf den beiden Gleis-Anzeigern angezeigt. Dabei werden die benötigten Informationen dem ITCS durch den FIS-Server bereitgestellt. Die bestehenden Fahrbeziehungen sind in den Anlagen 2 und 3 dargestellt. Eine Aktualisierung der Projektierung in den

**03_Stadt_DO_Angebotsaufforderung ohne TLK ohne KT****Projekt:** 66430710
LV: H40732**BL 70-73 Kos-Skr, FIS**
Haltestelle Stadtkrone-Ost, Projektierung FIS

Ordnungszahl	Leistungsbeschreibung	Menge	ME	Einheitspreis in EUR	Gesamtbetrag in EUR
	Bereichen "Betriebsorte", "Anzeiger-Interfaces" und "Anzeiger-Modelle" erfolgt nicht.				
		1,00	psch	
Summe 1.1.2.	Aktualisierung Haltestellenrech..			
1.1.3.	Aktualisierung Betriebsdarstellung				
1.1.3.10.	Aktualisierung ITCS Um die Fahrzeugbewegungen auf dem temporär geänderten Gleisabschnitt korrekt zu visualisieren, muss eine Aktualisierung des Gleisbildes im Bereich der Haltestelle Skr erfolgen. Die Anlage 1 stellt den neuen Verlauf während der Bauphase schematisch dar. Die genauen Lagen der Bauweichen sowie die grundsätzliche Struktur der Gleise, lassen sich den Anlagen 4 bis 6 entnehmen.				
		1,00	psch	
Summe 1.1.3.	Aktualisierung Betriebsdarstell..			
1.1.4.	Aktualisierung Panoramatafelrechner				
1.1.4.10.	Aktualisierung PTR Der PTR sorgt für die Ansteuerung der Panoramatafel. Zur korrekten Ansteuerung der Zuganzeigefelder auf der in der Leitstelle befindlichen Panoramatafel zur Visualisierung der Zugbewegungen im Streckenbereich des temporär eingleisigen Abschnitten an der Haltestelle Skr, muss eine Aktualisierung der Projektierungsdaten innerhalb des Panoramatafelrechners erfolgen.				
		1,00	psch	
Summe 1.1.4.	Aktualisierung Panoramatafelrec..			
Summe 1.1.	Anpassungen Betriebsleitzentrale			
1.2.	Funktionstest und Abnahme				

**03_Stadt_DO_Angebotsaufforderung ohne TLK ohne KT****Projekt:** 66430710
LV: H40732**BL 70-73 Kos-Skr, FIS**
Haltestelle Stadtkrone-Ost, Projektierung FIS

Ordnungszahl	Leistungsbeschreibung	Menge ME	Einheitspreis in EUR	Gesamtbetrag in EUR
1.2.1.	Abnahmeprozess			
1.2.1.10.	Funktionstest und Abnahme Der voraussichtliche Inbetriebnahmetermin des eingleisigen Streckenabschnitts an der Haltestelle Skr ist aus heutiger Sicht für Oktober 2026 geplant. Der Funktionstest und die Abnahme der Konfigurationsänderungen soll im Rahmen der sich daran anschließenden Testfahrten erfolgen. Zu diesem Zweck wird im Vorfeld zwischen AG, dem Betreiber DSW21 und dem AN ein Testfallkatalog definiert, der die Prüfkriterien für die korrekte Arbeitsweise der Fahrgastanzeiger, der Betriebsdarstellungen im ITCS und des PTR nachweisen. Die Abnahme selbst wird anhand dieses Testfallkataloges abgewickelt. Bei Erfüllung der Anforderungen erfolgt die Abnahme, die in einem Abnahmeprotokoll festgehalten und gegengezeichnet wird. Im Abnahmeprotokoll aufgeführte Mängel sind kurzfristig nach Aufwand abzarbeiten. Die Abnahme bzw. der Funktionstest ist mit dem AG und dem Betreiber DSW21 terminlich abzustimmen.			
		1,00 psch	
Summe 1.2.1.	Abnahmeprozess		
Summe 1.2.	Funktionstest und Abnahme		
Summe 1.	Anpassungen Haltestelle Stadtkr..		

**03_Stadt_DO_Angebotsaufforderung ohne TLK ohne KT**
Zusammenstellung

Projekt: 66430710 BL 70-73 Kos-Skr, FIS
LV: H40732 Haltestelle Stadtkrone-Ost, Projektierung FIS

Ordnungszahl	Leistungsbeschreibung	Betrag in EUR
LV	H40732	
1.	Anpassungen Haltestelle Stadtkrone-Ost
	Summe LV	H40732 Haltestelle Stadtkrone-O..
	Zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer aus EUR
	in Höhe von 19,00 % EUR
	 EUR

Das LV besteht aus den Seiten 1 bis 9